

Es begann im heutigen Abgeordnetenhaus

Gedenkveranstaltung des Landtags: 70 Jahre Deportation der Thüringer Juden

In einer bewegenden Gedenkveranstaltung „70 Jahre Deportation der Thüringer Juden – 9. bis 11. Mai 1942“ gedachte der Thüringer Landtag am 10. Mai gemeinsam mit der Jüdischen Landesgemeinde Thüringen der Opfer der Deportation durch das NS-Regime. Neben Landtagspräsidentin Birgit Diezel sprach die ehemalige Präsidentin des Zentralrats der Juden in Deutschland, Charlotte Knobloch.

Im voll besetzten Plenarsaal – auch viele Jugendliche waren anwesend – betonte Birgit Diezel: „Wir sind uns schmerzlich bewusst, dass die Deportationen ihre Anfänge im heutigen Abgeordnetenhaus des Thüringer Landtags nahmen. Von hier aus wurden die Vorbereitungen für die Vernichtung der jüdischen Bevölkerung geplant.“

Die Landtagspräsidentin weiter: „Die Einrichtung dieses Erinnerungsortes ist umso wichtiger, als Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit wieder ein ernst zu nehmendes gesellschaftliches Problem in unserem Land darstellen. Wir alle sind ethisch verpflichtet, gegen rechtsradikales Gedankengut schon bei den ersten Anzeichen vorzugehen, da rechtsradikale Ideologien fundamental dem Kern unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung widersprechen. Gerade in diesen Tagen, da wir an die Deportation der Thüringer Juden erinnern, gibt es eine Vielzahl von zivilgesellschaftlichen Aktionen in unserem Land, die Verant-

wortung für die Geschichte mit der eindeutigen Botschaft des „Nie Wieder“ verbinden.“

Charlotte Knobloch mahnte in ihrer Gedenkrede: „Die zeitliche Distanz zur Schoah wächst. Leid, Schmerz und Trauer sind jedoch bis heute spürbar. Wie schnell und hemmungslos aus Vor-

haben Vorstufen. Wegschauen ist eine davon. Sich abwenden, wenn Menschen in Bedrängnis geraten, geflüchtet weghören, wenn Vorurteile verbreitet werden, und abwiegeln, wenn rechte Gewalttaten angeprangert werden – das alles sind Anfänge, denen es zu wehren gilt. Es gilt eine Er-



urteilen Hass und aus Hass Völkermord werden kann, hat sich fest in das Bewusstsein der jüdischen Gemeinschaft eingebrannt.“

Die ehemalige Präsidentin des Zentralrats der Juden betonte: „Unsere freiheitliche Demokratie lebt von Zivilcourage. Verfolgung, Gewalt, und Mord

innerungskultur mit der Botschaft des „Nie Wieder“ zu etablieren, die von Hoffnung geprägt ist und von Entschlossenheit, eine Gesellschaft ohne Hass und Ausgrenzung zu gestalten und zu bewahren.“

Charlotte Knobloch, die die Gedenkveranstaltung im Thüringer Landtag ausdrücklich gewürdigt hatte und gefragt, warum es diese nur in Thüringen gibt, kritisierte die verantwortliche Politik, die den Rechtsextremismus zu lange unterschätzt habe. Überrascht habe sie nicht die bekannt gewordene Neonazi-Mordserie, sondern die „Ahnungslosigkeit“ der Rechtsorgane und des Staates.

Der Vorsitzende der Linksfraktion, Bodo Ramelow, hatte in einer Pressemitteilung zum 70. Jahrestag des Beginns der Deportationen betont: „Wenn wir eine Wiederkehr solcher schrecklichen Ereignisse in der Zukunft verhindern wollen, dann müssen wir den Mut aufbringen, auf andere zuzugehen.“ All denen müsse entgegengetreten werden, „die in unserer Gesellschaft aus unterschiedlichen Hautfarben, Glaubensbekenntnissen und kulturellen Traditionen die Berechtigung zur Unterdrückung und Gewaltanwendung ableiten“.

Bodo Ramelow begrüßte, dass der Landtag sich mit der Aufarbeitung der Geschichte intensiv beschäftigte und eine ehemalige Haftzelle der Öffentlichkeit zugänglich macht. „Die Erinnerung an die Geschichte des Hauses als früheres Gestapo-Hauptquartier ist ein unverzichtbarer Bestandteil, sich mit den Verbrechen des Nationalsozialismus auseinanderzusetzen.“



101 Namen und 101 Blumen auf dem Erfurter Hauptbahnhof am 9. Mai, früh um 6 Uhr, mitten im Berufsverkehr:

Vor 70 Jahren, am frühen Morgen des 9. Mai 1942, wurden 101 Erfurter Juden auf dem Bahnhof zusammengetrieben. Die Fahrt mussten sie selbst bezahlen. „Der Abtransport geschah unter aller Augen, unter Aufsicht der Gestapo, in einem regulären Personenzug nach Weimar um 7.40 Uhr“, machten Lautsprecherdurchsagen auf die erste Massendeportation Thüringer Juden aufmerksam. Die Stadt Erfurt und viele Partner wollten mit dieser Aktion dieses bisher kaum im Blickpunkt der Öffentlichkeit stehende Datum in das Gedächtnis der Menschen holen, heißt es in einem dpa-Bericht. „Es ist wichtig, dass wir hier sind und mahnen. Vor 70 Jahren sind die Menschen in ihren Betten geblieben“, sagte Bodo Ramelow, Fraktionsvorsitzender der Linke im Thüringer Landtag.

Foto: Bodo Ramelow

Unabweisbar Teil der Geschichte dieses Hauses

Auszüge aus der Rede von Birgit Diezel (CDU), Präsidentin des Thüringer Landtags, anlässlich der Gedenkveranstaltung „70 Jahre Deportation der Thüringer Juden“ am 10. Mai im Plenarsaal:

„Es ist beschämend, dass der Thüringer Landtag das erste deutsche Landesparlament war, in das nach den demokratischen Wahlen von 1924 rechtsradikale Abgeordnete der „Vereinigten Völkischen Liste“ einzogen. Unter ihnen waren auch NSDAP-Mitglieder. Thüringen war das erste Land mit einer Regierungsbeteiligung der Nationalsozialisten. Das war 1929. Ab 1932 gab es dann eine NSDAP-geführte Landesregierung. Weitere Male übernahm Thüringen eine beschämende Rolle, als 1930 in Jena der erste deutsche „Lehrstuhl für Rassenfragen und Rassenkunde“ eingerichtet und 1933 in Weimar ein „Landesamt für Rassenkunde“ gründet wurde. Was die Nationalsozialisten in Thüringen auf Landesebene erprobt hatten, führten sie nach der Machtübernahme 1933 für das gesamte Deutsche Reich ein. Die in Deutschland lebenden Juden wurden Schritt für

Schritt entrechtet. In mehr als 2.000 Gesetzen und Erlassen wurden ihnen ihre bürgerlichen Rechte aberkannt. Sie wurden aus ihren Berufen und Betrieben gedrängt und so ihrer Lebensgrundlage beraubt. Von der so genannten „Arisierung“ jüdischen Eigentums profitierten vor allem die Konkurrenten in der Wirtschaft. Mit den Deportationen in Viehwaggons quer durch den europäischen Kontinent und der Errichtung von Vernichtungslagern und Gaskammern durch die Nationalsozialisten erreichte die systematische Entrechtung und Enteignung der jüdisch-deutschen Bevölkerung ihren Endpunkt. Diesen Zivilisationsbruch und seine Millionen Opfer dürfen wir niemals vergessen.

In dieser von Schmerz und Trauer geprägten Stunde erinnern wir auch daran, dass die Deportation der Thüringer Juden von dem Gebäude hier in der Arnstädter Straße aus organisiert wurde. Die Gestapo-Leitstelle in Weimar hatte aus Platzgründen das so genannte „Judenreferat“ in das ehemalige Behördenhaus des preußischen Regierungsbezirks Erfurt verlagert. Es waren staatliche Spediteure des To-

des, die von hier aus die Vorbereitungen für die Vernichtung der jüdischen Bevölkerung trafen. Diese erschütternde Wahrheit ist unabweisbar Teil der Geschichte dieses Hauses. Sie aufzuarbeiten, ist eine moralische Verpflichtung, die der Thüringer Landtag nun einlöst. Vor diesem Hintergrund hat der Thüringer Landtag entschieden, der Öffentlichkeit eine im Keller befindliche Haftzelle der Gestapo als Erinnerungsort zugänglich zu machen. Mit dessen Einrichtung wollen wir unserer Verantwortung gegenüber den Opfern gerecht werden.“

9. bis 11. Mai 1942 erste Deportationen Thüringer Juden in Richtung Osten: In diesen Tagen wurden circa 1.000 Mitbürger jüdischen Glaubens aus Thüringen und Sachsen verschleppt, nur wenige überlebten. Die Deportationen wurden im Judenreferat der Gestapo geplant, die ihren Dienstsitz von 1939/40 bis 1945 in den Räumen des heutigen Abgeordnetenhauses des Thüringer Landtags in der Arnstädter Straße (damals Hindenburgstraße 7) hatte.